

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelleite 35 Pfa., bei Plakowdrift 40 Pfa. Stellenangebote 10geleit. Kolonelleite 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelleite mit 50% Nachsch. Reflameseite 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelleite 40 Pfa. bei Plakowdrift 50 Pfa., Reflameseite 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigbüchereien und alle Postämter entgegen

Ein Gewaltstreich der Reaktion!

1 000 000 Metallarbeiter sollen auf die Straße geworfen werden

Die Bedeutung des Metallkampfes Unternehmerpiel mit Brauns?

Der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller hat den von uns gestern mitgeteilten Gesamtsperrebeschluss eine Begründung gegeben, der wir die folgenden Sätze entnehmen, die durchaus unsere in den nachfolgenden Ausführungen dargelegte Auffassung bestätigen:

„Die mitteldeutsche Metallindustrie hat die Unterstützung der gesamten deutschen Metallindustrie in dem ihr aufgezungenen Abwehrkampf gefunden, weil die bisherigen rasch aufeinanderfolgenden Lohnhöhungen unter keinen Umständen fortgesetzt werden können, wenn der gegenwärtige deutsche Preisstand gehalten werden soll. Dieses ist aber die unumgängliche Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des jetzigen Beschäftigungsgrades. In den nächsten Monaten laufen rund 260 Vohntarifverträge ab. Der Zustand, daß jeder Tarifabsatz die Gewerkschaften zu neuen Vohnsforderungen veranlaßt, ist volkswirtschaftlich untragbar, da er zu dauernden Beanspruchungen der Wirtschaft und, falls den Forderungen immer wieder nachgegeben wird, durch die aufeinanderfolgenden Lohn- und Preissteigerungen auf die Dauer zu einer Straube ohne Ende und damit zu einer vollständigen Untergrabung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt führen muß. Daraus ergibt sich, daß die Auseinandersetzung in Mitteldeutschland richtunggebend für die deutsche Vohnpolitik der nächsten Monate werden muß.“

Am Sonntag schrieb die halbamtliche Industrie- und Handelszeitung: „Mit größter Wahrscheinlichkeit wird man damit rechnen müssen, daß schon in den allerersten Tagen die Unternehmer von ihrer bitter ernst gemeinten Ankündigung zur Tat schreiten und die Gesamtsperre für die deutsche Metallindustrie verhängen werden.“ Einen Tag später ist diese Wahrscheinlichkeit zur Tatsache geworden: Montag mittag konnte die den Unternehmerverbänden besonders nahe stehende Telegraphen-Union melden, daß die Gesamtsperre zum 22. Februar beschlossen sei.

Einschließlich der bereits in Mitteldeutschland auf der Straße liegenden Metallarbeiter sollen davon nach derselben Meldung 800 000 Arbeiter der Metallindustrie betroffen werden. Vor einigen Tagen wurde von anderer Seite diese Zahl auf 1 200 000 angegeben.

Ganz gleichgültig, ob die erste oder die zweite Schätzung richtig ist oder ob die Wahrheit in der Mitte liegt; der so angekündigte Kampf gehört in die Reihe der größten Arbeitskämpfe aller Zeiten. Warum die Unternehmer einen Kampf in diesem Ausmaße vom Zaune brechen, haben wir bereits mehrfach dargelegt. So oder so soll an den Metallarbeitern ein Exempel statuiert werden,

zur Warnung für andere Arbeiterkategorien. Die Industrie- und Handelszeitung bestätigt diese Auffassung, indem sie erklärt: „Die Unternehmer wollen unbedingt unter das jetzt wieder angelegte Rad der Lohnhöhungen einen Bremsklotz legen, um die Bewegung nach in ihren ersten Anfängen in ruhige Bahnen zu lenken.“

„Tempo und Ausmaß“ der Erhöhung der Löhne, „wie wir sie im letzten Jahre erlebt haben“, soll angeblich „die schwersten Gefahren für eine vernünftige Abwicklung der Konjunktur bringen müssen“. Also den Bremsklotz angelegt! Diese Argumentation ist eine glatte Unerschämtheit. Soeben hat das Statistische Reichsamt die Nummer 2 des Jahrgangs 1928 von „Wirtschaft und Statistik“ herausgegeben. Darin werden die tarifmäßigen Löhne nach ihrem Stande vom 1. Januar 1928 mitgeteilt. Es ist also nunmehr möglich,

die Lohnentwicklung über die volle Spanne des Jahres 1927 zahlenmäßig zu erfassen. Wir stellen demnach fest: Am 1. Januar 1927 erhielten die gesamten Arbeiter in Deutschland tarifmäßig einen durchschnittlichen Wochenlohn von 46,36 Mark, und am 1. Januar 1928 einen solchen von 49,82 Mark. Die Steigerung macht ganze 3,46 Mark aus, das sind knapp 7,5 Prozent. Die ungelohnten Arbeiter erhielten am 1. Januar 1927 tarifmäßig einen durchschnittlichen Wochenlohn von 34,46 Mark, im Verlauf des Jahres 1927 eine Zulage von 2,97 Mark und dementsprechend am 1. Januar 1928 37,43 Mark. Für die ungelohnten Arbeiter macht die Steigerung etwa 8,5 Prozent aus.

Man muß schon ein ausgepöchter Unternehmergeist sein, um in solchem „Tempo und Ausmaß“ der Lohnhöhungen „die schwersten Gefahren für eine vernünftige Abwicklung der Konjunktur“ sehen zu können. Es ist aber bezeichnend, daß

die Verkündung solcher Ansichten ausgerechnet in einem der Reichsregierung sehr nahe stehenden Organ erfolgt.

Man wird also annehmen können, daß die Ansichten, die in der Industrie- und Handelszeitung über die Erledigung des Konfliktes geäußert werden, mehr oder weniger der Ansicht des Reichsarbeitsministeriums entsprechen. Diese Äußerungen der Industrie- und Handelszeitung sind so interessant, daß man sich bereits „mit größter Wahrscheinlichkeit“ den Verlauf der Sache vor- aussehen kann.

In der Industrie- und Handelszeitung wird ausgeplaudert, daß die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die mitteldeutsche Metallindustrie nicht deshalb abgelehnt wurde, „weil die Entscheidung sachlich falsch war, sondern weil man u. a. fürchtete, daß auch ein Zwangstarif nicht von den streikenden Arbeitern beachtet werden würde“.

Nun haben sich die Metallindustriellen in den letzten Wochen immer wieder dagegen gewehrt, daß das Reichsarbeitsministerium ein neues Schlichtungsverfahren einleite. Diese Abwehr galt aber nur solange, wie man glaubte annehmen zu müssen, daß ein neuer Schiedspruch zugunsten der Arbeiterforderungen ausfallen würde. Nun meint aber die Industrie- und Handelszeitung, daß auch ein neuer Schiedspruch sich nur „in den Grenzen der streikenden Schiedsprüche“ halten könne. Sollte das, wie anzunehmen ist, die den Unternehmern inzwischen bekanntgewordene Meinung des Reichsarbeitsministeriums sein, so kommt es also jetzt nur noch darauf an,

die Voraussetzungen zu schaffen, daß nicht die Metallarbeiter wiederum einen Zwangstarif nicht beachten wollen.

Welches Mittel ist dafür besser geeignet, so haben wohl die Unternehmer überlegt, als eine Millionenausperrung, die auch die stärkste Gewerkschaft vor eine Frage von ganz anderer Bedeutung stellt, als die Ausperrung von nur einigen zehntausend Arbeitern.

Schon im voraus hat die hallische Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes der Auffassung der Metallindustriellen widersprochen, daß sie mit der Androhung der Gesamtsperre den DMB „unter Druck“ setzen könnten. So sehr der DMB berechtigt ist, durch seine Stärke dazu legitimiert, solche Erklärungen abzugeben, so sehr ist andererseits doch die Lage durch den Gesamtsperrebeschluss verhärtet. Auch wenn der Metallarbeiterverband alle seine, wahrscheinlich nicht geringen Mittel einsetzt, um auch den größeren Kampf durchzuhalten, so ist

die Entscheidung in diesem Kampfe doch in die Hände der deutschen Gesamtarbeiterschaft gelegt.

Das heute schon zu sagen, erscheint uns notwendig, weil die nachhaltigste und weitgehendste Solidarität der deutschen Arbeiterschaft notwendig ist, damit dieser Kampf nicht ausläuft als ein Exempel, das an den Metallarbeitern statuiert wurde, sondern als ein Exempel, das der deutschen Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dient und ihren Kampf um mehr Brot und mehr Freiheit fördert.

In den Metallarbeitern Mitteldeutschlands wollen die Unternehmer die gesamte deutsche Arbeiterschaft treffen. So muß auch die gesamte deutsche Arbeiterschaft mit einem Siege der mitteldeutschen Metallarbeiter die Gesamtheit der Unternehmer in Deutschland treffen wollen.

Der schlafende Reichskanzler

Die vertagte Regierungskrise

Berlin, 13. Februar 1928.

Zwei Stunden lang haben die Häupter des Bürgerblocks im interfraktionellen Ausschuss beieinander gesessen, ohne zu einer definitiven Entscheidung gekommen zu sein. Um 6 Uhr kamen sie nach- einander aus dem Sitzungszimmer zurück und keine Kunst der Ueberredung hatte sie zu bewegen vermocht, auch nur ein Wortlein von sich zu geben. Die Verhandlungen sind vertagt, und die Fort- setzung wurde auf Dienstagvormittag festgelegt. Für 6 Uhr abends war eine Sitzung der Zentrumsfraktion vorgesehen, der aller Wahr- scheinlichkeit nach neue Lösungsvorschläge unterbreitet werden.

Inzwischen wird in der Berliner Presse der Wahltermin fest- gesetzt. Die Angaben schwanken zwischen Ende März und Ende April. Zumeist aber sind die Dinge anders gegangen, als das von den Presseleuten prophezeit und verlangt worden ist. Jedenfalls steht fest, daß das Zentrum sein Schulgesetz kaum je bekommen wird, wenn jetzt keine Verständigung mit der Volkspartei zustande- kommt. Dann würden die Schulfragen im Wahlkampfe eine nicht geringe Rolle spielen und wie die kommende Regierung auch zusam- mengesetzt sein mag, über die bisherigen Konzeptionen wird die Volkspartei auch im neuen Reichstage nicht hinauszugehen ver- mögen.

Kein Wunder, daß das Zentrum in der Klemme sitzt und trotz der hochtönenden Drohungen des Herrn v. Guérard den letzten Trumpf nicht ohne weiteres auszuspielen vermag. Denn hinter dem Führer der Zentrumsfraktion steht immerhin nicht sein gesamtes Heer. Darum ist auch mit der Auflösung des Reichstages nicht alles getan. Der obere Klerus fordert das Schulgesetz und der Grundsatz von Lebens Brand, „das Alles oder Nichts“, gehörte bisher nicht zu den Prinzipien der Zentrumsfraktion. Ob mit den Methoden des Bluffs noch einige weitere Zugeständnisse herauszuholen sind, das freilich steht dahin.

Merkwürdig ist die geradezu naive Sorglosigkeit des Kanzlers Dr. Marx. Sein Name ist Hase; er weiß von nichts. Als er von der Verschärfung der Krise Kenntnis erhielt, soll er zwar nicht, wie ein Berliner Montagsblatt berichtet, in der Redaktion der Ger- mania, wohl aber in der Reichstagskanzlei angerufen haben, um sich über die parlamentarische Gesichtslage zu informieren. Als dann heute mittag Herr v. Guérard mit dem erkrankten Kanzler und dem Vorsitzenden der Volkspartei zu konferieren strebte, da schief der

Empfänger des Hindenburgbriefes, Herr Dr. Marx. Herr Guérard konnte nicht vorgelesen werden und mußte später kommen. Ob der Reichspräsident mit dieser Erledigung seiner Aufträge zufrieden ist, steht dahin. Wahrscheinlich dürfte seine Vermittler- rolle noch nicht beendet sein.

SPD Berlin, 11. Februar. (Radio.)

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien ist heute pünktlich 10 Uhr zusammengetreten. Von der Reichsregierung nahmen an den Verhandlungen teil der Vizekanzler Herr G. der Reichsinnenminister und der Staatssekretär der Reichskanzlei Dr. Vänder. Die Regierungsparteien sind durch die Frak- tionsführer und die Schulspezialisten vertreten. Die Beratungen dauerten um 11,50 Uhr noch an. In maßgebenden parlamentarischen Kreisen läßt man jedoch keinen Zweifel darüber, daß die eigentlichen Beratungen weniger dem Reichsschulgesetz als dem Arbeitsprogramm des Reichstages bis Ende März gelten und dann die Auflösung des Reichstages erfolgt.

Sorgen der Schulreaktionäre

Eine Reihe von christlich-evangelischen Vereinen und Ver- bänden veröffentlicht wegen der Gefährdung des Reichsschulgesetzes den folgenden Aufruf:

Die Beratungen über das Reichsschulgesetz drohen zu scheitern. Die Erhaltung der evangelischen Schule ist damit aufs äußerste gefährdet.

In tiefer Sorge um die Zukunft unserer evan- gelischen Schulerziehung wenden sich die unterzeichneten Verbände an die evangelischen Mitglieder aller Parteien des Reichstages und bitten:

- Erhalten unseren Kindern die evangelische Schule!
- Sichert uns das Elternrecht durch das Reichsschulgesetz!
- Gebt die Arbeit an diesem Gesetz nicht auf!
- Die evangelischen Christen rufen wir auf:
- Kämpft weiter mit uns für das Recht der evangelischen Schule!
- Fordert von euren Abgeordneten, daß sie die Verhandlungen fortsetzen!

Wir verlangen ein Reichsschulgesetz! Die Sorge der Dunkelkammer um das Reichsschulgesetz, das ihnen so weit entgegenkommt, ist verständlich. Da aber die besorgten Schulreaktionäre auch keinen Weg anzugeben vermögen, wie eine Mehrheit für die Annahme eines von ihnen gemachten Gesetzes zustandegebracht werden soll, dürfte ihnen ihr Notruf an die bürgerlichen Parteien wenig nützen.